Stadtparlament
9201 Gossau
www.stadtgossau.ch
info@stadtgossau.ch

Stadt Gossau

Beschluss-Protokoll

Amtsdauer 2017 - 2020

Dienstag, 6. März 2018, 18.00 – 19.15 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz	Markus Mauchle (CVP)
Anwesend	30 Mitglieder
Entschuldigt	---
Anwesend Stadtrat	5 Mitglieder
Entschuldigt	---

Traktanden

01 Organisation Stadtwerke; 7. Nachtrag zur Gemeindeordnung
02 Winkelriedstrasse; Kanalvergrösserung und Erneuerung Beläge, Baukredit
03 Erschliessung Enggetschwil, Nutzenbuech bis Brüewil; Baukredit
04 Interpellation Werner Bischofberger (SP) „Bahnhof Arnegg"
05 Gestaltung Budget; 8. Nachtrag zur Gemeindeordnung
06 Interpellation Alfred Zahner (FLiG) „Überhöhte Gebühren für Vereine"
07 Ersatzwahl Geschäftsprüfungskommission

01
Organisation Stadtwerke; 7. Nachtrag zur Gemeindeordnung
Grundlage ist der Bericht und Antrage des Stadtrates vom 22. November 2017. Der Stadtrat stellt folgende Anträge:

1. *Der 7. Nachtrag zur Gemeindeordnung in der Fassung gemäss Ziffer 6 dieses Berichtes wird erlassen.*
2. *Das Stadtwerkreglemement in der Fassung vom 22. November 2017 wird erlassen.*

Die Vorberatende Kommission stellt am 1. Februar 2018 verschiedene Änderungsanträge zum Stadtwerkreglement. Diese werden vom Stadtrat unterstützt.

Gallus Hälg, Präsident der Vorberatenden Kommission, verliest deren Bericht. Er verweist auf den ursprünglichen Auftrag des Stadtparlamentes an den Stadtrat sowie auf die generelle Ausgangslage im Energiemarkt. Als Vorbild für die Vorlage des Stadtrates diente die Organisation der St.Galler Stadtwerke. Mit der vorgeschlagenen, sehr schlanken Vorlage erhalten die Stadtwerke neue Handlungsmöglichkeiten. Dazu sind die Gemeindeordnung zu ändern und ein Stadtwerkreglement zu erlassen. Die VBK hat die Anträge des Stadtrates, mit einigen Änderungsanträgen, einstimmig unterstützt. Die VBK möchte im Stadtwerkreglement unter anderem die Zahl der Mitglieder in der Kommission Stadtwerke auf 5 beschränken. Mitglieder des Parlamentes sollen nicht in diese Kommission wählbar sein. Auch soll das Stadtwerkreglement mit Strafbestimmungen versehen werden. Der Präsident nimmt Stellung zum angekündigten Änderungsantrag von Werner Bischofberger und beantragt Ablehnung des Änderungsantrages. Er beantragt Zustimmung zum Geschäft und zu den Anträgen der Vorberatenden Kommission.

Werner Bischofberger (SP) stellt einen Änderungsantrag zu Art. 48^{neu} zweiter Abschnitt Gemeindeordnung. Er beantragt, dass nicht das „Reglement", sondern das „Parlament" den Versorgungsauftrag weiter ausdehnen kann.

Birgit Frei-Urscheler (CVP) will auf diese Änderung verzichten. Es können nicht die Stadtwerke selbst Geschäftszweige ausweiten, sondern das Stadtparlament ist für die gesetzliche Verankerung zuständig. Es ist nicht Ermächtigungsinstanz für die operative Tätigkeit der Stadtwerke. Dies könnte indessen der Antrag von Werner Bischofberger suggerieren. Somit soll der Antrag abgelehnt werden.

Werner Bischofberger (SP) zieht seinen Änderungsantrag zurück.

Monika Gähwiler-Brändle (SP) unterstützt die Vorredner. Die SP begrüsst es, dass die Stadtwerke mit den Regelwerken Gemeindeordnung und Stadtwerkreglement mehr Kompetenzen erhalten. Die SP unterstützt die Anträge des Stadtrates und der VBK.

Stadträtin Claudia Martin dankt für die positive Aufnahme des Geschäftes. Der Stadtrat schlägt für die Stadtwerke eine zukunftsgerichtete Lösung vor.

Birgit Frei-Urscheler (CVP) verlangt, dass ein starkes Augenmerk auf die zu bildende Fachkommission gelegt wird. Eine präzise und verbindliche Auftragserteilung ist wichtig. Die Beschränkung auf 5 Personen wird begrüsst. Das zusätzliche Fachwissen muss eingekauft werden, was aber gut investiertes Geld ist. Die Fraktion begrüsst eine raschestmögliche Bestellung der Kommission.

Abstimmung
Dem Antrag 1 wird einstimmig zugestimmt.
Dem Antrag 2, ergänzt durch die Änderungsanträge der Vorberatenden Kommission vom 1. Februar 2018, wird einstimmig zugestimmt.

02
Winkelriedstrasse; Kanalvergrösserung und Erneuerung Beläge, Baukredit
Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. Januar 2018. Der Stadtrat stellt folgende Anträge:

1. *Für die Kanalvergrösserung Winkelriedstrasse wird ein Kredit von CHF 155'000 exkl. MwSt. erteilt.*
2. *Für die Strassenbauarbeiten wird ein Kredit von CHF 102'000 inkl. MwSt. erteilt.*

Die parlamentarische Baukommission beantragt am 15. Februar 2018 Zustimmung zu den Anträgen des Stadtrates.

Diskussion

Thomas Künzle (SVP), Präsident der Baukommission, verliest deren Bericht. Die Baukommission stellt sich klar hinter die Vorlage.

Abstimmung
Die Anträge werden einstimmig genehmigt.

03
Erschliessung Enggetschwil, Nutzenbuech bis Brüewil; Baukredit
Grundlage ist der Bericht und Antrage des Stadtrates vom 24. Januar 2018. Der Stadtrat stellt folgenden Antrag:

1. *Für die Abwassersanierungsleitungen von Enggetschwil bis Brüewil wird ein Kredit von CHF 1'156'000 exkl. MwSt. erteilt.*
2. *Für die Trinkwasser- und Elektrizitäts-Versorgungsleitungen von Enggetschwil bis Rüeggetschwil wird ein Kredit von CHF 1'255'000 exkl. MwSt. erteilt.*
3. *Für die Strassenbauarbeiten an der Niederbürerstrasse inkl. des neuen Einlenkers Eggenstrasse wird ein Kredit von CHF 1'030'000 inkl. MwSt. gewährt.*

Die parlamentarische Baukommission beantragt am 15. Februar 2018 Zustimmung zu den Anträgen des Stadtrates.

Diskussion

Thomas Künzle (SVP), Präsident der Baukommission, verliest deren Bericht. Die betroffenen drei Weiler sind abwassermässig noch nicht erschlossen, und haben auch keinen Anschluss an die Trinkwasserversorgung. Aus diesem Grund wird für Enggetschwil das Frischwassernetz neu erstellt. Auch für die Feuerwehr wird genügend

Wasser zur Verfügung stehen. Für die Ausscheidung einer Gewässerschutzzone besteht derzeit noch keine Sicherheit. Falls keine Ausscheidung möglich ist, werden drei Liegenschaften an die Wasserversorgung der Stadt anzuschliessen sein. Die Kosten für diese Anschlüsse sind sehr hoch. Die Baukommission steht grundsätzlich hinter dem Projekt, wünscht aber, dass diese Anschluss-Kosten eingespart werden sollen, und nochmals Verhandlungen für die Ausscheidung der Schutzzone geführt werden. Der Präsident vermisst Angaben über die Verlegung der Glasfaserverbindungen in diese drei Weiler. Die Baukommission ist der Meinung, dass den Bewohnern der Anschluss angeboten werden soll, auch wenn deren Liegenschaften nicht im Erschliessungsgebiet FTTH liegen. Die Baukommission beantragt Zustimmung zu den Anträgen des Stadtrates.

Reto Mock (CVP) will mit diesem Projekt einen alten politischen Auftrag erfüllen. Aktuell verhindern zwei Einsprachen eine kostengünstige Erschliessung mit Trinkwasser. Sollte keine Einigung gefunden werden, muss eine Wasserleitung von 1.2 km Länge verlegt werden für 3 Liegenschaften, und diese Leitung müsste täglich gespült werden. Unverständlich ist, dass die drei Weiler nicht mit Glasfaser erschlossen werden sollen. Die Fraktion wünscht, dass die Liegenschaftseigentümer mindestens ein Anschluss-Angebot seitens der Stadt erhalten.

Abstimmung
Die Anträge 1 – 3 werden einstimmig angenommen.

04
Interpellation Werner Bischofberger (SP) „Bahnhof Arnegg"
Werner Bischofberger (SP) hat am 4. Dezember 2017 mit 7 Mitunterzeichnenden die Interpellation eingereicht. Der Stadtrat hat diese am 24. Januar 2018 beantwortet.

Der Interpellant **Werner Bischofberger (SP)** ist mit der Antwort des Stadtrates zufrieden. Er kann die darin aufgezeigte Haltung der SBB nachvollziehen.

05
Gestaltung Budget; 8. Nachtrag zur Gemeindeordnung
Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 7. Februar 2018. Der Stadtrat stellt folgenden Antrag:

Der 8. Nachtrag zur Gemeindeordnung wird erlassen.

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt am 20. Februar 2018 Zustimmung zum Antrag des Stadtrates.

Diskussion

Florin Scherrer (CVP) nimmt als Präsident der Geschäftsprüfungskommission Stellung zum Geschäft. Die GPK ist einstimmig einverstanden mit dem Antrag des Stadtrates. Auch mit der neuen Gestaltung des Budgets werden Streichungsanträge durch das Parlament möglich bleiben.

Abstimmung
Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

06

Interpellation Alfred Zahner (FLiG) „Überhöhte Gebühren für Vereine“

Alfred Zahner (FLiG) hat am 7. November 2017 mit 27 Mitunterzeichnenden die Interpellation eingereicht. Der Stadtrat hat diese am 7. Februar 2018 beantwortet.

Der Interpellant **Alfred Zahner (FLiG)** erklärt sich teilweise befriedigt und beantragt Diskussion. Diese Diskussion wird mehrheitlich gewünscht. Der Interpellant führt aus, dass der von vielen Nutzern erwartete Schritt einer Gebührenbefreiung leider nicht gemacht wurde. In der Antwort 1 macht der Stadtrat keine Angaben zum Zeitpunkt. In der Antwort 3 macht der Stadtrat keine Angaben, wie er dies umsetzen will. In der Antwort 4 fehlen Angaben, was für die Vereine genau gemacht wird, insbesondere für ältere Menschen. In der Antwort 5 wird nur in Konjunktiven geredet, ohne klare Aussagen. Die Vereine wünschen Massnahmen, welche sie entlasten. Die Tarife sollen massiv nach unten angepasst werden. Sportvereine zahlen für die Nutzung der Sportanlagen sehr geringe Beträge, im Vergleich zu den Saal-Nutzungsgebühren. Die tiefen Gebühren für die Sportvereine erachtet er als richtig. Die Anlagen, welche der Steuerzahler bezahlt hat, sollen zu tiefen Ansätzen genutzt werden dürfen.

Martin Pfister (CVP) ist mit der Antwort des Stadtrates in den meisten Punkten einverstanden. Eine Anpassung der Nutzungstarife ist dennoch prüfenswert. Eine kostenlose Nutzung pro Jahr ist nicht angebracht, hiefür müssten durch das Parlament die Grundlagen angepasst werden.

Florian Kobler (SP) teilt die Auffassung, dass auch die Nicht-Sportvereine gefördert werden sollten. Gossau sollte die Vereine verstärkt unterstützen, andere Gemeinden bieten den Vereinen bessere Bedingungen als Gossau. Eine kostenlose Nutzung pro Jahr würde begrüsst. Die SP fordert vom Stadtrat konkrete Massnahmen für die Nicht-Sportvereine.

Alfred Zahner (FLiG) ist überzeugt, dass eine Gratis-Nutzung sich problemlos organisieren liesse. Es wären einige Regeln aufzustellen. Die Vereine erwarten Schritte vom Stadtrat, ohne dass eine Motion eingereicht werden muss.

Stadträtin Gaby Krapf stellt fest, dass für Gratis-Nutzungen die Rahmenbedingungen definiert sein müssten. Eine Umsetzung wird nicht sehr einfach sein. Wenn die Gebührenhöhe kritisiert wird, muss an die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 2013 erinnert werden. Die derzeit erhobenen Benutzungs-Gebühren decken die laufenden Kosten für den Fürstenlandsaal nicht, geschweige denn seine Kapitalkosten. Wenn der Stadtrat eine Vorlage bringen würde, müssten die finanziellen Konsequenzen berücksichtigt werden. Die Stadt Gossau fördert die Vereine mit Jugendmitgliedern stark. Auch die Nicht-Sportvereine können städtische Anlagen sehr günstig nutzen, wenn sie dies regelmässig tun.

07

Ersatzwahl Geschäftsprüfungskommission

Per 7. März 2018 tritt Désirée Baldegger aus dem Stadtparlament und damit aus der Geschäftprüfungskommission zurück. Für die Ersatzwahl als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission liegt folgender Wahlvorschlag vor:

Frank Albrecht (SVP)

Beschluss

Frank Albrecht (SVP) wird mit einer Enthaltung als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission gewählt.

08
Neue Vorstösse
Interpellation Monika Gähwiler-Brändle (SP) „Beitritt der Stadt Gossau zur Charta Lohngleichheit im öffentlichen Sektor"
Interpellation Florian Kobler (SP) „Vollzugsnotstand bei den Lärmschutzmassnahmen"

Desirée Baldegger hat per 7. März 2018 ihren Rücktritt aus dem Stadtparlament erklärt, weil sie ihren Wohnsitz nach St.Gallen verlegt.

Der Präsident

Markus Mauchle

Der Stadtschreiber

Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 13. März 2018 genehmigt.